

**Antrag 62/II/2024 Jusos LDK
Gegen die Wiedereinführung der Dienst- und Wehrpflicht – Für ein Recht auf einen Freiwilligendienst!**

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Gegen die Wiedereinführung der Dienst- und Wehrpflicht – Für ein Recht auf einen Freiwilligendienst!

Wir leben in einer Zeit und einer Welt des Umbruchs und einer Zäsur. Sei es die geopolitische Lage, die sich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine grundlegend verändert hat, die globale Klimakrise, die unsere Existenz bedroht, oder der massive Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Dies resultiert in Zukunftsängsten von jungen Menschen, die von der Politik zu oft nicht gesehen oder ernst genommen werden.

Statt sich mit der Situation junger Menschen auseinanderzusetzen, wird diese Generation oftmals reflexartig in die Pflicht genommen – nicht selten begleitet von haltlosen Vorwürfen, sie sei faul oder desinteressiert. Besonders deutlich wird dies in der aktuellen Debatte um die Wiedereinführung einer Wehr- bzw. Dienstpflicht. Anstatt einen öffentlichen Diskurs zu führen, der sich auf eine adäquate Ausstattung der Bundeswehr mit den notwendigen materiellen Ressourcen oder dem Ausbau des sozialen Sektors konzentriert, wird zunehmend das Narrativ verbreitet, nur die Wiedereinführung der Wehrpflicht könne die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sichern. Diese Sichtweise lehnen wir entschieden ab. Dies gilt auch für die aktuellen Pläne des Verteidigungsministeriums, die das verpflichtende Ausfüllen eines Briefs zur Überprüfung der Fitness, Eignung und generellen Motivation aller Männer eines Jahrgangs, die 18 Jahre alt werden, vorsehen.

Wir lehnen die Wiedereinführung jeglicher Dienstpflichten weiterhin entschieden ab und fordern stattdessen echte, zukunftsorientierte Lösungen, die die Sicherheit und Zukunft der jungen sowie aller Generationen gleichermaßen im Blick haben. Insbesondere lehnen wir den Ansatz der Zwangsverpflichtung strikt ab – stattdessen müssen Wahlmöglichkeiten geschaffen werden, die jungen Menschen echte Optionen bieten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Lasten gerecht verteilt sind und die Verantwortung nicht einseitig auf die Schultern der jungen Generation abgewälzt wird.

Statt Dienstpflichten fordern wir ein gesetzliches Recht auf einen Freiwilligendienst herzustellen, um sicherzustellen, dass jede*r die Möglichkeit hat, sich freiwillig zu engagieren, ohne dazu gezwungen zu werden. Dies würde die Motivation und die gesellschaftliche Akzeptanz des Dienstes in der Bundeswehr und anderen sozialen Bereichen erhöhen. Hierzu müssen verschiedene Barrieren gesenkt werden.

Wir fordern daher, dass

- ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst für junge Menschen eingeführt wird,
- die Vergütung des Freiwilligendienstes auf Mindestlohniveau
- es eine stärkere Verankerung von Beratungsangeboten in Schulen, die gezielt auf die individuellen Bedürfnisse junger Menschen eingehen und sie bei der Bewerbung unterstützen gibt,
- eine Vereinfachung und Beschleunigung der Bewerbungsverfahren sowie Unterstützung bei bürokratischen Herausforderungen stattfindet,
- das Angebot von Freiwilligendiensten in ländlichen und strukturschwachen Regionen weiter ausgebaut wird und die Kosten für notwendige Reisen oder einen Umzug an den Ort des Freiwilligendienstes übernommen werden,
- inklusive Programme umgesetzt werden, die gezielt Jugendliche aus marginalisierten Gruppen ansprechen und unterstützen,
- die erforderlichen Mittel gesetzlich verankert und hierbei von der Jährlichkeit ausgeschlossen werden.

- die Übernahme der Fahrtkosten für den Arbeitsweg ihrer Freiwilligen in Form eines ÖPNV-Tickets durch die Einsatzstellen gefördert durch Land und Bund
- Außerdem bekräftigen wir erneut unsere klare Ablehnung einer Dienst- und Wehrpflicht in jeglicher Form und fordern die Streichung der Reaktivierungsklausel im Grundgesetz.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat